

Grüne fordern Einwanderungsagentur und Englisch als Behördensprache

Die Grünen fordern eine zentrale Einwanderungsagentur und Englisch als zweite Amtssprache, um Fachkräfte nach Deutschland zu holen.



In einem neuen Positionspapier haben die Grünen ehrgeizige Reformen vorgeschlagen, um Deutschland als Einwanderungsland für Fachkräfte attraktiver zu gestalten. Sie fordern unter anderem die Schaffung einer zentralen Einwanderungsagentur und die schnellere Ausstellung von Visa. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, Sprachbarrieren abzubauen, indem Englisch als Behördensprache eingeführt wird.

Berlin. – Die Grünen haben sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem attraktiveren Standort für qualifizierte Arbeitskräfte zu machen. In einem von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Papier schlagen führende Politiker der Partei die

Einrichtung einer zentralen Einwanderungsagentur vor. Diese Agentur soll es qualifizierten Arbeitskräften erleichtern, schneller und effizienter in den deutschen Arbeitsmarkt einzutreten. Ein zentraler Punkt ist dabei der Abbau von Sprachbarrieren, besonders durch die Einführung von Englisch als Zweitsprache in Behörden.

Einrichtung einer zentralen Einwanderungsagentur

Um Deutschland für internationale Fachkräfte attraktiver zu gestalten, möchten die Grünen auch sogenannte Fachkräfte-Welcome-Center nach kanadischem Vorbild einführen. Solche Zentren sollen als zentrale Informations- und Anlaufstellen für Zuwanderer dienen und ihnen den Start in Deutschland erleichtern. Neben einer schnelleren Visavergabe und der leichteren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse fordern die Grünen zudem die Abschaffung von Arbeitsverboten für Flüchtlinge.

Katharina Dröge, Fraktionschefin der Grünen, betont die Dringlichkeit dieser Maßnahmen. Sie sagte der Süddeutschen Zeitung: „Überall fehlen Fachkräfte. Deshalb werben wir für ein Bündnis zwischen Unternehmen und Politik, um die Bedingungen für ein Leben und Arbeiten in Deutschland spürbar zu verbessern.“ Trotz der bereits beschlossenen Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes gibt es weiterhin eine Lücke zwischen dem Bedarf an Fachkräften und der tatsächlichen Zuwanderung. Die Grünen sehen daher dringenden Handlungsbedarf, um Deutschland als wettbewerbsfähiges Einwanderungsland zu etablieren und die Integration von Fachkräften zu fördern.

Matthias Helferich von der AfD widerspricht diesen Plänen jedoch. Ihm zufolge benötigen Deutschland keine neue Einwanderungsagentur. „Schon jetzt gibt es bei den Jobcentern sogenannte Integration Points, die dazu dienen sollen, Ausländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In meiner Heimatstadt

Dortmund ist die Erfolgsquote eher gering“, erklärte Helferich gegenüber FREILICH. Er ist der Meinung, dass eine Remigrationsagentur viel wichtiger wäre.

Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Arbeitsmarkt

Die Grünen betonen die Notwendigkeit, Deutschland auf dem globalen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger zu machen. Dies sei unerlässlich, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das wirtschaftliche Wachstum zu sichern. Die vorgeschlagene Einführung von Englisch als Verwaltungssprache soll dazu beitragen, die bürokratischen Hürden für internationale Fachkräfte zu senken und Deutschland als Standort attraktiver zu machen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Grünen-Reformen umfasst schnellere Visa-Verfahren. Dies ist ein Schritt, der insbesondere für Bewerber aus Nicht-EU-Ländern von Bedeutung ist, da sie oft mit langwierigen bürokratischen Verfahren konfrontiert sind. Eine schnellere und vereinfachte Visavergabe soll dazu beitragen, dass qualifizierte Fachkräfte ohne unnötige Verzögerungen in den deutschen Arbeitsmarkt eintreten können.

Die vorgeschlagene Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist ebenfalls ein zentraler Punkt des Positionspapiers. Oftmals ist die Beschäftigung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland durch langwierige Anerkennungsverfahren ihrer Abschlüsse blockiert. Durch eine Vereinfachung dieses Prozesses sollen ausländische Fachkräfte schneller und unkomplizierter in Deutschland arbeiten können.

Die Grünen setzen große Hoffnungen in diese Reformen und sehen sie als einen entscheidenden Schritt, um Deutschland als attraktives Einwanderungsland zu positionieren. Ob diese Maßnahmen jedoch die gewünschten Effekte erzielen und die Fachkräftelücke tatsächlich schließen werden, bleibt

abzuwarten. Die politische Debatte dürfte noch lange nicht beendet sein.

Historische Parallelen: Kanadas Einwanderungsmodell als Vorbild

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Kanada oft als Paradebeispiel für eine gelungene Einwanderungspolitik genannt wird. Bereits in den 1960er Jahren setzte das Land ein Punktesystem ein, um qualifizierte Einwanderer anzuziehen. Dieses System basierte auf Kriterien wie Bildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnissen und zielte darauf ab, den Bedarf des Arbeitsmarktes zu decken. Deutschlands Vorschlag der „Fachkräfte-Welcome-Center“ könnte als moderne Adaption dieses Modells verstanden werden.

Dennoch unterscheiden sich die Ausgangslagen der beiden Länder. Während Kanada traditionell ein Einwanderungsland mit einer kulturell vielfältigen Bevölkerung ist, hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine eher restriktive Einwanderungspolitik verfolgt. Diese kulturellen und historischen Unterschiede könnten die Umsetzung und Akzeptanz der vorgeschlagenen Reformen in Deutschland beeinflussen.

Hintergrundinformationen: Der deutsche Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist kein neues Phänomen. Bereits seit den 2000er Jahren berichten Unternehmen und Wirtschaftsverbände von Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Besonders betroffen sind dabei die MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), die Gesundheitsbranche sowie das Handwerk. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) könnten bis zum Jahr 2030 bis zu 3 Millionen Fachkräfte fehlen.

Die bestehende Gesetzgebung, wie das

Fachkräfteeinwanderungsgesetz, soll Abhilfe schaffen, hat jedoch bisher nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Komplexe Verfahren und lange Wartezeiten für Visa sowie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse stellen weiterhin hohe Hürden dar. Hier setzen die Grünen mit ihrer Forderung nach schnelleren Visaverfahren und einer zentralen Einwanderungsagentur an, um die bürokratischen Hindernisse zu reduzieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Statistiken und Daten: Einwanderungsbedarf in Zahlen

Eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass im Jahr 2021 rund 1,8 Millionen Menschen nach Deutschland zuwanderten, während 1,2 Millionen das Land verließen. Die Nettozuwanderung betrug somit etwa 600.000 Personen. Trotz dieser Zahlen bleibt die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften hoch. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) ergab, dass 55% der Unternehmen Engpässe bei der Besetzung von Fachkräftepositionen melden.

Den Daten zufolge sind besonders kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) betroffen, die oftmals nicht über die Ressourcen verfügen, um international aktiv nach Fachkräften zu suchen. Eine zentralisierte Einwanderungsagentur könnte besonders diesen Unternehmen helfen, indem sie gezielt internationale Fachkräfte vermittelt und Verwaltungsprozesse vereinfacht.

Potentiale Vorteile einer mehrsprachigen Behördenkommunikation

Die Einführung von Englisch als Zweitsprache in Behörden könnte ebenfalls deutliche Vorteile mit sich bringen. Laut einer Umfrage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) empfinden viele Zuwanderer sprachliche Barrieren als das

größte Hindernis bei ihrer Integration. Eine mehrsprachige Verwaltung könnte daher die Erreichbarkeit und Effizienz von Behördengängen erheblich verbessern und somit den Integrationsprozess beschleunigen.

Zu ähnlichen Schlüssen kamen Studien in anderen Ländern wie Schweden und den Niederlanden, die umfassende mehrsprachige Dienstleistungen eingeführt haben. Sie zeigten, dass dadurch nicht nur die Zufriedenheit unter den Einwanderern stieg, sondern auch die Bearbeitungszeiten für Anträge verkürzt wurden.

Weiterführende Informationen zu aktuellen Statistiken und Einwanderungspolitik finden Sie auf den Webseiten des **Statistischen Bundesamtes** und des **Bundesamts für Migration und Flüchtlinge**.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)